

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung bei C. H. Alrici & Co. Breitestraße 14.

Posener Zeitung. Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Jenke & Co., Jaanfenstein & Mogler, Rudolph R. etc.

Nr. 824.

Dienstag, 23. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgefaltene Petitzeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Vom Pandtage.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. November. Am Ministertisch Bitter, v. Kameke, Graf v. Eulenburg, v. Puttkamer, Friedberg, v. Bötticher. Die Trination des Abg. Hänel wird fortgesetzt. Abg. Dr. Meyer (Breslau): Zunächst liegt mir als Vertreter Breslaus die Pflicht ob, den Magistrat dieser Stadt gegen den Angriff des Abg. Reichensperger in Schutz zu nehmen, als habe er das Petitionsrecht verlegt, indem er die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer beantragte, dem weiter nichts zur Last falle, als daß er die bekannte Petition unterschrieben. M. S., das ist nicht richtig. Der Angriff gegen den Lehrer Dr. Fechner ist nicht erfolgt, weil er die demüthete Petition, sondern weil er ein Agitations-schreiben unterschrieben hat, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wird. Fechner ist am Johannes-Gymnasium in Breslau angeestellt, einer Anstalt, welche die Stadt als ein Monument des in ihr herrschenden Geistes der Toleranz errichtet hat. (Seiterkeit im Centrum.) Ihre Eröffnung verzögerte sich Jahre lang, weil der Magistrat in Breslau unter Zustimmung der ganzen Bevölkerung sich geweigert hat, die Anstalt auf rein konfessionelle Grundlage zu stellen. Es ist das Recht der jüdischen Lehrer auf Anstellung an diesem Gymnasium in ganz besonderer Weise in den Vordergrund gestellt worden und man war wohl berechtigt, anzunehmen, daß ein Lehrer, der sich um Anstellung an dieser Anstalt beworben, von denselben Grundätzen befehlet sei, welche diese Anstalt ins Leben gerufen haben. Daher die lebhafteste Aufregung in der Bürgerschaft und die Ermüdung des Magistrats mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er das Petitionsrecht selbst nicht ausüben wolle, daß die Ausübung desselben durch den Lehrer Fechner nicht in Frage stelle, daß aber die Sache sich anders stelle, sofern ihm ein offensives öffentliches Auftreten zur Last falle. Die Entscheidung darüber liegt dem Schulkollegium ob und es wird dem Lehrer also nicht Unrecht geschehen, wenn das Schulkollegium von der Ansicht ausgeht, daß er nur von seinem Petitionsrecht Gebrauch gemacht habe. Zugleich verwahre ich mich und meine Freunde gegen den Vorwurf, daß überhaupt in der Einbringung unserer Interpellation ein Angriff auf das Petitionsrecht liege. Wir hätten allerdings kein Recht dazu gehabt und die Sache unterlassen, wenn nichts weiter vorläge, als eine mit erlaubten Mitteln im Lande verbreitete, der Regierung vorzulegende Petition. Aber man muß den Eindruck haben, als ginge sie nicht lediglich aus den Kreisen einzelner Privatleute hervor. Aus dem Heberfendungs-schreiben geht hervor, daß die Exemplare der Petition an alle Landrathsämter, Superintendenturen und andere amtliche Stellen versendet werden sollen. Das zeigt eine Uebereinstimmung mit den Wünschen der Staatsregierung voraus, welche dieselbe mit Entschiedenheit zurückzuweisen Ursache hatte, damit die Verbreitung der Petition durch die Landrathsämter nicht als von oben zugelassen erscheine. Aber das Gegenteil ist geschehen. Der Redakteur des amtlichen Kreisblattes in Langensalza, der betreffende Kreissekretär, hat die Petition mit der Bemerkung abgedruckt, sie sei so überaus maßvoll und verständig, daß wohl Niemand sich weigern werde, ihr beizutreten. Noch andere Beispiele könnten dafür angeführt werden, daß die Behörden einer Störung des religiösen Friedens in der Öffentlichkeit nicht immer so entgegengetreten, wie es hätte geschehen sollen. Ein Vierteljahr lang wurden unangefordert an den Ausschlagfäden in Berlin Malate angebracht, welche die Behörde zu verbieten berechtigt, vielleicht sogar auf Grund des Preßgesetzes verpflichtet war, weil sie zweifellos auf eine Störung des öffentlichen Friedens gerichtet waren oder sie im Gefolge haben konnten. In der Kontroverse darüber, ob es sich hier um eine konfessionelle oder eine Racenfrage handle, halte ich mich an die wohlwollendste Auffassung des Problems, daß eine Entnationalisierung der Deutschen durch den wachsenden Einfluß und die ständige Vermehrung der Juden zu befürchten sei. Herr Birchow hat den letzteren Punkt bereits auf Grund der bis 1871 reichenden, aus amtlichen Quellen geschöpften Statistik des Dr. Neumann beleuchtet. Wenn ihm weiteres Material vorliegen wird, dann wird er seine Untersuchungen vervollständigen und ich bin überzeugt, daß dem Wunsche nach einer Statistik des Judenthums Genüge geschehen soll. Dr. Neumann, der ein hervorragendes Werk über die Bevölkerungs-zahl in Berlin geschrieben hat und von den amtlichen Statistikern durchaus als gleichberechtigt anerkannt wird, kommt zu folgenden Resultaten: 1) die Einwanderung von Juden hat in keinem stärkeren Prozentsatz stattgefunden, als die von Christen; 2) die Auswanderung von Juden hat in gewissen Zeit-räumen sogar die von Christen übertraffen; 3) die Einwanderung über die Südgrenze des Staates ist schwächer, als über die Westgrenze und sehr viel schwächer, als die über die Nordgrenze. Wenn selbst die über die Südgrenze Einwandernden nur Juden und keine slavischen Elemente darunter gewesen wären, so wären doch immer noch weniger Juden nach Deutschland eingewandert, als Holländer oder Scandinavier. Eine starke Vermehrung der Juden durch Einwanderung ist überhaupt nicht, ihr Anwachsen durch längere Lebensdauer ist nur in geringem Maße festgestellt. Ermittelt werden konnte nur, daß jetzt vielleicht im deutschen Reich etwa 100,000 Juden mehr als vor 50 Jahren leben. Die Aufforderung, daß sie Deutsche werden sollen, hat diejenigen unter ihnen, die inmitten der höheren Klassen der Gesellschaft stehend sich um Richter-, um Lehramter bewerben und in Handel und Wissenschaft eine hervorragende Stellung einnehmen, tief verletzten müssen: sie erklären sich überzeugt zu sein, von jeder gute Deutsche gewesen zu sein und sich als solche bewährt zu haben. Herr von Seydebrand folgert daraus, daß die Mitbürger jüdischen Glaubens, die in dieses Haus oder in den Reichstag gewählt sind, auf der linken Seite Platz nehmen, daß sie mit den staatlichen Zuständen noch immer nicht veröhnt seien. Ich bestritte diese Folgerung durchaus (Sehr wahr! links), sehr vielmehr gerade ein Zeichen der Zufriedenheit, der Anerkennung für die Gesetzgebung, die wesentlich unter unserer Mithilfe zu Stande gekommen ist. (Lachen rechts.) Sie finden auf liberaler Seite die volle und ungeheilte Anerkennung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung der Konfessionen, an dem von der anderen Seite mehr oder weniger gerüttelt wird, so daß er geradezu als ein Kriterium der Unter-scheidung zwischen liberal und konservativ betrachtet werden kann. Ein Zeichen der nicht vollzogenen Ausgleichung zwischen dem jüdischen und germanischen Element soll es sein, daß die Juden keine schwere Arbeit thun, daß sie nicht Handwerker werden wollen. Aber gerade das wird von einsichtigen Juden am meisten bedauert, gerade sie win-

nen, daß die Juden sich an schwerer Arbeit beteiligen und Hammer und Sichel führen lernen sollen. Wie ist das aber möglich, wenn man ihnen nicht entgegenkommt, wenn ein christlicher Meister sich weigert, einen jüdischen Knaben als Lehrling aufzunehmen? Die auf konservativer Seite ausgegebene Parole: „wählt keinen Juden! haltet euch von den Juden fern!“ vergrößert nur die Spaltung und macht die von den Juden verlangte Ausgleichung, deren Mangel ihnen vorgeworfen wird, unmöglich. Aus einem Schreiben der alliance israelite hat Herr von Seydebrand den Passus verlesen, das Judenthum fange an eine Macht zu werden. Hält er sie wirklich für eine politische Organisation? M. S., sie ist nichts als ein großer Wohlthätigkeitsverein (Widerspruch rechts), eine Geldsammlung für die Juden in der Türkei und im Orient in erster Linie zur Begründung von Schulen, zunächst von Ackerbau-schulen, und Cremeur Wort, das Judenthum fange an eine Macht zu werden, fann unter den obwaltenden Umständen offenbar nichts weiter sein als eine wohlgemeinte Praese (Seiterkeit rechts). Der Alliance wird niemals nachzuweisen sein, daß sie jemals den Zweck verfolgt habe, eine politische Macht zu erreichen. Wenn nun, jetzt der Ausdruck „Judenheze“ gebraucht wird, so beschweren wir uns darüber, daß, was niemals politisch erprießlich oder sittlich erlaubt ist, der Name „Jude“ überhaupt schon als ein Brandmal gebraucht wird, daß man mit dem Menschen, seinen Bestrebungen, Tendenzen und Gedanken fertig ist, sobald man behauptet hat, der Mann sei ein Jude, ein Semit. Und das geschieht nicht nur thatsächlich, sondern wird prinzipiell als das Richtige behauptet. Es ist ein Unrecht, gewisse frane und verwerfliche Bestrebungen der Zeit unter dem Namen „Judenthum“ zusammenzufassen. Ist es im deutschen Interesse, die Frage der Rasse in diesem Sinne aufzuwerfen, wie Sie es dem Judenthum gegenüber thun? Der Deutsche steht in vielen Ländern genau ebenso da, wie der Jude bei uns. Die jungen Kaufleute in den Hansestädten gehen nach Buenos-Ayres, Madras, Shanghai, Singapore hinaus, um sich dort ein Vermögen zu erwerben und sich dann heimgekehrt dem öffentlichen Dienst in ihrer Vaterstadt zu widmen. Ihnen haben wir zu verdanken, was wir in Welthandel und an Aufschwung unserer industrieller Bestrebungen besitzen. Würde uns das zerstört, so würden wir tief zurückgeworfen: aber wie können wir das Recht haben diese Beziehungen gepflegt zu sehen, wenn wir in dieser Weise gegen Andere verfahren, die in unserer Mitte Handel treiben und kapitalbildend arbeiten? Die „Times“ bezeichnen als Motiv der Judenheze, daß der Deutsche mit den Juden nicht konkurrieren zu können befürchte, weil er ein unfähiger Handelsmann sei, gewöhnt an eine kleinliche, främische Behandlung und außer Stande sich die durch Schaffung der deutschen Einheit geschaffene Konjunktur zu Nutzen zu machen; hier trete der Jude an seine Stelle und daß erfülle den Deutschen mit Haß und Meid. Ich halte es für geboten mit dem vollen Stolz eines Deutschen eine solche Auffassung als völlig unbegründet zurückzuweisen. Der deutsche Kaufmann ist dem ausländischen in allen Welttheilen ebenbürtig, vielleicht überlegen und hat das bewiesen. Seine Handelskolonien in Ostasien und Amerika sind zum größten Theil in den Händen des deutschen Handelsstandes und in verschwindend kleinem Maße in den Händen der Juden, die Handelstüchtigkeit der Deutschen fann also gar keinem Zweifel unterliegen. Ich erkenne mit vollem Dank an, daß die Herren v. Seydebrand, Reichensperger und Windthorst nicht allein erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten, sondern auch, daß sie gegen die kleinliche Form der Judenheze sich mit einer Entschiedenheit erklärt haben, die ihrer distinguirten Stellung zukommt. Aber sie haben ihre Hände in Unschuld gewaschen und gesagt: wir müssen der Bewegung ihren Lauf lassen, wir können nichts dagegen thun. Ich glaube im Gegentheil, daß es im gemeinsamen Interesse der Parteien liegt, dahin zu wirken, daß eine so unberechtigte Bewegung erstikt werde. (Beifall links.)

Abg. Bachem: Das Facit der bisherigen Verhandlungen ist das, daß die überwiegende Majorität des Hauses, vielleicht nur mit Ausnahme der Interpellanten, die Interpellation als inopportun und sachlich unberechtigt aufsaht. (Widerspruch links.) Diese Ansicht geht sogar weit in die nationalliberale Partei hinein, wie eine Aeußerung ihres offiziellen Organs beweist. Weber die Regierung noch irgend eine Partei des Hauses denkt daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Israeliten in Frage zu stellen, ein Angriff, dem die Interpellation vorbeugen will. Aber die große Majorität ist auch nicht geneigt, mit dem Abg. Hänel die antisemitische Bewegung „rund und voll zu verurtheilen“. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Diese Lage der Dinge war vorherzusehen, denn man konnte doch eine andere Stellungnahme der Regierung und des Hauses nicht erwarten. Die Fortschrittspartei kam zu dieser Interpellation, die doch keine materielle Veranlassung hat, nur deshalb, weil sie sich wesentlich als eine berliner Partei fühlt. (Sehr wahr! rechts.) Sie lebt und weht in der Atmosphäre Berlins und gewisser Städte, deren Verhältnisse denen Berlins analog sind. Die Interpellation ist hervor-gegangen aus einer Verwechslung des Abgeordnetenhauses mit den berliner Stadtverordneten. (Große Seiterkeit.) Der Irrthum, daß Sie im Stande seien, im berliner Sinne zu Ihren Gunsten öffentliche Meinung zu machen, mußte Ihnen benommen werden. Gerade in den Städten, in welchen die antisemitische Bewegung besonders hervorgetreten ist, handelt es sich nicht um den Schutz einer unterdrückten Minorität, sondern um die Abwehr des fortschrittlich jüdischen Terrorismus. Ein Freund aus Breslau autorisirt mich, zur Charakterisirung der dortigen Zustände Folgendes mit-zuthellen. Der als ein Mann von sehr wohlwollender Gesinnung bekannte Kommandant, Gen.-Lieut. v. Wulffen, hat die antisemitische Petition unterschrieben. Das Begleitschreiben hat er nicht unterschrieben, sein Name wurde vielmehr von Anderen darunter gesetzt, aber um die Herren nicht zu des-avouiren, hat er ihn darunter gelassen. Er war doch aber nicht gerade provofatorisch hervorgetreten. Das veranlaßte einen angesehenen bres-lauer Banquier, ihn in einem Schreiben zur öffentlichen Revofation aufzufordern (Lachen rechts), widrigenfalls der Banquier gegen Se. Excellenz mit Rücksicht auf gewisse, demselben bekannte Thatsachen vor-geben würde. Herr v. Wulffen antwortete zuerst, doch gefaltete sich die Korrespondenz bald so, daß er davon Abstand nehmen mußte. Nun veröffentlichte die „Breslauer Zeitung“, deren Eigenthümer Israelit ist, die Korrespondenz, mit dem Bemerkten, der Banquier habe den General durch Kündigung eines Darlehens in große Verlegenheit gesetzt. Diese ganze Geschichte war vollständig erlogen. (Hört! rechts.) Sodann brachte die „Schlesische Presse“, deren Eigenthümer ebenfalls Israelit, das bekannte „Eingeländt“, in welchem dem General die allerhöchsten Schmähungen des Judenthums fälschlich in den Mund gelegt wurden. Die Unterschrift war gefälscht; jetzt erklärt die Zeitung sich für

dupirt und setzt einen Preis auf Ermittlung des Fälschers. (Abg. Richter: Was soll das beweisen?) Der General wurde der allgerwöhnlichsten Rederei ausgesetzt, z. B. er habe den Wein zur Hochzeit seiner Tochter noch nicht bezahlt; bloß weil er das Verbrechen begangen hatte, die Petition zu unterzeichnen! Er suchte nun nach einem Rechtsanwalft, um den verlogenen Anklagen gerichtlich zu begegnen. Aber da zeigte sich wieder der jüdische Terrorismus. In ganz Breslau fand sich kein christlicher konservativer Rechtsanwalft, der den Muth hatte, gegen den jüdischen Ring vorzugehen, mit Ausnahme eines jungen katholischen Anwalfts. Ist das nicht Terrorismus der jüdischen Presse? (Sehr richtig! rechts.) Analog liegen die Verhältnisse in Frankfurt a. M. Trozdem ist hier Niemand, der Ausnahme-Maßregeln gegen die Israeliten befürworten wollte, und sollte die Regierung, was nach allen Antecedentien nicht anzunehmen ist, jemals solche Maßregeln beantra-gen, so würden Sie (die Interpellanten) das Centrum auf Ihrer Seite finden. Da nun der Abg. Hänel die Judenfrage ganz allgemein aufge-worfen hat, so müssen wir dieselbe auch mit Ernst, Befonnenheit und Gründlichkeit behandeln, und das will ich mit Offenheit. Die Juden-frage ist vorzugsweise eine wirtschaftliche, darum ist sie in den wirth-schaftlich schwachen Ländern, den Donauländern, Rußland und den polnischen Landestheilen Preußens am trennen. Unbestreitbare Thatsache ist es, daß in den letzten Dezennien sich eine ungeheure Ver-schiebung des Mobiliar- und Immobilienbesitzes zu Gunsten der Juden vollzogen hat. Diese Thatsache fann man nicht mit dem Hinweis auf den Meid beseitigen. Sie erklärt sich auch nicht aus der größeren Rührsamkeit und Intelligenz der Juden. Ich erkenne die größere Thatsache erklärt sich wesentlich daraus, daß ein verhältnismäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung sich vermehrfacher und unmo-toralischer Mittel zum Erwerb des Vermögens bedient hat. Juden sind die Hauptträger des Börsengeschäfts, dessen sehr bedenkliche Auswüchse den Eisenbahnminister zu der Bezeichnung als Giftbaum veranlaßten. Ich will den in den letzten Tagen ohne Veranlassung überschwänglich gerühmten Patriotismus der Juden nicht angehen. Aber für die norddeutsche Bundesanleihe wurden 1870 von der wesentlich in jüdischen Händen befindlichen berliner Börse nur 3 Millionen Mark gezeichnet, und erst als die Schlacht bei Wörth geschlagen war, da drängten sich diese Kreise an den Finanzminister, der jetzt erklärte, daß er sie nicht mehr brauche. Dagegen wurde die französische Kriegsanleihe von deutschen, wesentlich jüdischen Banquiers mehrfach überzeichnet. Das internationale Getreidegeschäft ist wesentlich in jüdischen Händen. In diesem Augenblick verhandelt man über jeden bedenklichen Manipulationen die Vertheuerung des Brodes des armen Mannes. (Widerspruch links. Sehr wahr! rechts.) Die Erfahrungen der einzelnen Herren, namentlich aus den östlichen Provinzen, werden es bekräftigen, daß ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung Träger des unsoliden Geschäfts ist, das den redlichen Erwerb zu Grunde richtet, und zu dessen gewöhnlichsten Mitteln die Zahlungseinstellung gehört. Das ist der Kern der Juden-frage. Auf dem Lande, namentlich im Osten, ist eine verhältnismäßig große Zahl von Juden dem gemeinmännigen Wucher ergeben. Der Finanzminister hat das bei der obersehlischen Nothstands-vorlage ausgesprochen. Es ist also nicht Meid, sondern berechtigter Unmuth und Erbitterung der christlichen Bevölkerung, wenn sie sieht, wie der Jude durch Ausbeutung der Noth, des Leichtsinns und der Unerfahren-heit die Mittel gewinnt, um seinen Kindern eine bessere wissenschaftliche Bildung zu geben. Dem aber muß durch eine Reform der sozialen Gesetzgebung abgeholfen werden, die zu sehr das Kapital begünstigt und vergessen hat, daß die Gesetzgebung für das Wohl aller Klassen gleichmäßig zu sorgen hat. Die Judenfrage ist aber auch eine sittlich-religiöse. Ueber die wahrhaft vergiftende Wirkung der ungläubigen reformjüdischen Presse, die speziell in Berlin eine so gewaltige Macht über die öffentliche Meinung hat, sei nur Einiges gesagt. Gibt es etwas Frivoleres, Uebermüthigeres, Synischeres als diese Presse, etwas Unwürdigeres als diese Wühlblätter (Abg. Löwe: Die „Berliner Wahrheit“, deren ägender Witz zu erquickendem Humor sich verhält wie Schwefelsäure zu edlem Wein. Wie hat diese Presse in den traurigen Jahren des Kulturkampfes die christlichen Kon-fessionen gegen einander verhetzt! Wie hat man gerade hier während des Kulturkampfes die Katholiken beschimpft. Man spricht von dem Vermächtniß Lessings; ich wünsche nicht diese Vernichtung der Reli-gionen und Vermengung, die ohnehin nicht möglich ist. Wir können friedlich in unserer verfassungsmäßigen Parität neben einander leben. Die katholische Presse hat ebenso die Aufgabe, auf jene Gefahr auf-merksam zu machen, und das hat sie im Westen und in dem in Berlin erscheinenden Organ mit Nachdruck, Ernst und Befonnenheit gethan, und wo sie im einzelnen Fall die Grenze überschritten hat, da war sie vollständig entschuldigt durch die maßlosen Herausforderungen von der anderen Seite.

Abg. Richter: Jetzt verstehe ich, warum der Abg. Windthorst vorgestern so scharf betonte, daß er nur für seine Person spreche. Seine Rede hebt sich sehr vortheilhaft von der eben gehörten ab. Es wäre für das Centrum besser gewesen, es bei dem einen Tage bewenden zu lassen, anstatt der Rede seines Führers einem Herrn aus dem zweiten Rang folgen zu lassen. (Lachen im Centrum.) Das Schlimmste in ihr sind die allgemeinen Verdächtigungen des jüdischen Charakters, ohne an Thatsachen anzuknüpfen, die Sprechweise: ein wesentlicher stärkerer Theil der jüdischen, als der christlichen Bevölkerung, sucht in jeder Weise zu unterdrücken, durch Betrug und unrechte Mittel zum Reichthum zu gelangen. Wo ist die Statistik, die das nachweist? (Auf rechts: hier!) Im Gegentheil, die Kriminalstatistik ist für die Judenthums durchaus günstig. Der Vorredner appellirt an meine Kenntniß der Börse in Bezug auf die Nationalanleihe von 1870. Damals wurden nur 30 Millionen gezeichnet, weil im ersten Moment allgemeine Unruhe die Geschäfte ergriffen hatte (Aha! rechts), wo Jeder baares Geld haben mußte. (Unterbrechung durch den Abg. v. Ludwig.) Herr von Ludwig, Sie verstehen wahrscheinlich faum, was ich sage. (Seiterkeit.) Bei den Ausschreitungen des Gründer- und Schwindlerwefens, die hier im Hause konstatiert wurden, standen da die Juden an der Spitze? (Auf rechts und im Centrum: Ja!) War der Fürst Putbus ein Jude? Der Herzog von West ein Jude? Der Geheimrath Wagener ein Jude? Aber Laster war ein Jude! (Auf: Strousberg?) Den konservativen Strousberg schenken wir Ihnen. Laster, ein Jude, war es, der in diesem Hause zuerst jenem schmachvollen Gründungstreiben, das bis in die höchsten Kreise hinaufgegriffen hatte, die Larve abriß; ein Jude war es, der jene allerhöchste Kabinettsordre zur thatsächlichen Feststellung des Gründertreibens hervorrief. (Auf rechts: was ist denn festgestellt worden? Abg. v. Ludwig: Das ist ja unglücklich, was der Mann sagt!) Gewiß,

der Wucher ist schändlich; aber giebt es denn bloß jüdische Wucherer? Es giebt auch sehr christliche Wucherer, sogar in der heiligen Stadt Rom. Ein Mittel gegen den Wucher sind allerdings die Volksbanken, die wesentlich von liberaler Seite aus angeregt wurden, aber von den Führern der katholischen Bewegung durch die fortwährende Verquickung mit kirchlichen und religiösen Zwecken nicht in dem Maße gefördert wurden, wie es zur Bekämpfung des Wuchers zu wünschen war. Und wer steht an der Spitze der größten Berliner Volksbank gegen den Wucher? Wiederum ein Jude, Dr. Strakmann, der so maßlos angegriffen wird. Der Kulturkampf hat ja zu Ausdehnungen geführt, die Niemand mehr bedauern kann als ich (Lachen im Zentrum), aber wer ist denn an ihnen Schuld? Die, welche den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet haben. Ist aber aus jüdischer Seite irgendwo den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet worden? Und doch hat die jüdische Bevölkerung eine Gesetzgebung, die sie weit mehr beschränkt, als die katholische Kirche. (Widerspruch im Zentrum.) Kennen Sie nicht das Gesetz von 1847, das noch heute der Regierung Rechte in die Hand giebt, die in die Verhältnisse der Synagogengemeinden tief einschneiden, das Recht der Beauftragung jüdischer Kultusbeamter, wobei die Rechte der Verwaltungsbehörden vielfach weiter gehen, als den Katholiken gegenüber? Haben Sie jemals gehört, daß von jüdischer Seite dem Staatsgesetz Ungehorsam geleistet wäre? Sie sprechen von der Judenpresse, — sagen Sie es doch offen heraus, es ist die liberale Presse, die ihnen nicht gefällt. Neulich wurde die „Posener Zeitung“ hier als ein jüdisches Organ angegriffen; weder ein Verleger noch ein einziger Redakteur der „Posener Zeitung“ gehört der jüdischen Religion an. Der Jude hat das „Posener Tageblatt“, der Jude ist Besitzer des „Regierungsblasses“. Bei der „Posener Zeitung“, die Herr Stöcker ein besonderer Gräuel ist, gehört kein Besitzer, kein Redakteur der jüdischen Konfession an. Nein, die Juden schlägt man, die Liberalen meint man. Herr Bachem selbst spricht von der jüdischen fortschrittlichen Presse. Weil man die Liberalen nicht in ihren Grundsätzen bekämpfen kann und ihnen gegenüber in den großen Städten ohnmächtig ist, darum wird der Massenhaß zu Hilfe gerufen, nicht bloß um das Judentum zu bekämpfen, sondern um sich mit den konservativen Bestrebungen über Wasser zu halten. Das ist der Kern der Sache. Nun sagen Sie, die Interpellation sei inopportun gewesen. Ja, für Sie, das glaube ich, wir sind mit ihrem Erfolg sehr zufrieden. Wären Sie mit dem Sonnabend ebenso zufrieden, dann hätten Sie nicht nöthig gehabt, zu unserer Ueberwachung den Montag noch als zweiten Tag hinzuzufügen.

Meine Herren, es war gerade Zeit gegenüber einer Bewegung, die sich zu organisiren anfing, die öffentliche Meinung aufmerksam zu machen, was dort im Lande vorgeht. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus soll das Gewissen der Nation vertreten, an dieses appelliren wir gegenüber jener im Dunkeln schleichenden Bewegung. (Unruhe.) Die Interpellation, das war die Leuchtkugel, die aufstieg, um alle jene Mitarbeiter zu kennzeichnen vor dem Volke, die jetzt thätig sind, jene Bewegung wachgerufen. Jetzt ist die Aufmerksamkeit im Lande darauf gelenkt, jetzt sind die Kräfte wachgerufen, jetzt sind Sie aus der Offensive in die Defensive geworfen (Widerspruch), das ist, was Sie inopportun finden, wir aber nicht. M. S., warum ich mich zum Worte gemeldet habe, bevor der Abgeordnete Bachem gesprochen hat, das ist, weil das Wort wieder durchhallungen ist aus der Debatte vom vorigen Sonnabend vom christlichen Volk, vom christlichen Staat. Da scheint es mir doch an der Zeit zu sein, eine Aeußerung ins Gedächtnis zurückzurufen, die vor 33 Jahren auf dem vereinigten Landtage in jener Debatte über dieselbe Frage gesprochen wurde. Der Mann, der sie sprach, war ein scharfer Gegner unserer Partei, es steck ein gut Stück Wasser in ihm, es war der Freiherr v. Vincke. (Redner verliest die Stelle, in der sich auch der Bassus findet: „Die jüdische Religion enthält keine Vorschriften, welche die Juden verhindern, ebenso gute Staatsbürger zu sein, als wir Christen.“) Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, der fortschreitenden Reaktion, daß man heute nach 33 Jahren auf das zurückkommen muß, was damals in jener Debatte gesagt worden ist. Ich glaube, die Freunde des Abg. Bachem hätten am meisten Veranlassung, sich zu verwahren gegen einen solchen Versuch, Staat und Religion, Staat und Christenthum zu identifiziren, denn vom christlichen Staat zum protestantischen Staat, zum evangelischen ist nur ein Schritt, es ist sogar die logische Konsequenz des Gedankens. Sie selbst, als Sie sich bei der Frage der Simultanschulen verwahrten, daß die Schulen nur eine allgemeine christliche Unterlage haben sollten mit den Worten: nur in Gestalt einer bestimmten Konfession wird das Christenthum lebendig, haben damals diesen Grundsatz nicht anerkannt. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, welche in dieser Weise Christenthum, Religion und Staat mit einander in Verbindung bringen wollen, in der That weiter gedrängt werden und zuletzt beim konfessionellen Staat ankommen müssen. Wir leben es ja, daß auf jener Seite die weiteste Schlussfolgerung gezogen wird in der Frage der Simultanschule, da sollen nun schon die Kinder beim Unterricht getrennt werden nach ihrer besonderen Konfession, da ist ja gar nicht mehr die Rede von christlichen Schulen gegenüber jüdischen Schulen, sondern da heißt es: evangelische und katholische Schulen. Auf dem Katholikentage in Breslau ist sogar eine Resolution angenommen worden, wonach eine weitere Trennung in den geselligen Verhältnissen und in den persönlichen Beziehungen zu einander eintreten soll und es beklagt wird, daß zu viele Mischen geschlossen werden, und es Pflicht der Eltern sei, dies zu verhindern, und Pflicht der katholischen Jünglinge und Jungfrauen, Bekanntschaften mit Andersgläubigen zu vermeiden. (Sehr richtig! im Zentrum, große Unruhe.) Ja, man geht noch weiter. Der Kollege Dr. Franz sagte auf jenem Kongress, wo er die Mittel angab zur Lösung des Handwerkerstandes und empfiehlt, seine Bedürfnisse beim selbständigen Handwerker zu kaufen: „Sie wissen schon, was ich meine“ — Stimme aus dem Publikum: „Nicht beim Juden!“ Ich halte das für ganz außerordentlich wichtig. M. S., bisher hat noch keine politische Partei, keine Glaubenspartei diese Sonderung selbst in das geschäftliche Leben getragen. (Widerspruch im Zentrum.) Nein, M. S., es hat einen Fall gegeben im deutschen Reichstag. In Altona bei einer Wahl haben die Sozialisten aufgefordert, daß man künftig nicht mehr bei einem Krämer kaufen soll, der nicht Sozialist sei, und als das im Reichstag berührt wurde von dem Abgeordneten Lasker, da trat der Abg. Bebel auf und sagte: Wir desavouiren unsere altonaer Parteigenossen, nein, das wollen wir nicht, so scharf sind unsere Grenzen nicht. Ich will mich freuen, wenn nun hier auch als dem Zentrum erklärt wird, wie man über die Judenfrage denke, sie halten es nicht für richtig, diese Fragen auf die geschäftlichen Beziehungen unter einander übertragen zu sehen. Meine Herren, Sie sehen, wohin solche Bestrebungen wollen. Das bleibt ja nicht bei den Juden stehen, das heißt doch schließlich, die Nation nach allen Richtungen auseinanderreißen. (Sehr richtig! links.) Ich bin der Meinung, es ist in der That, eine antinationale Bewegung, die sich gegen das einheitliche Deutschland kehrt, das unter so vielen Opfern im Jahre 1871 geschaffen worden ist. (Sehr richtig! links.) Wenn nun aber gesagt worden ist, daß ein besonderer Muth dazu gehört hätte, in dies sogenannte Wespennest zu steigen, so muß ich sagen, wenn es ein Muth ist, so ist es nach meiner Auffassung ein trauriger Muth und ich halte es nicht einmal für besonders muthig, gegen eine Bevölkerungsklasse, die eine kleine Minorität, selbst hier in Berlin nicht einmal 1/10 der Bevölkerung darstellt, aufzutreten, zumal wenn man weiß, daß es mächtige Leute giebt, die den Juden so etwas gönnen. Meine Herren, Muth gehört heute dazu, wenn andere Geistliche die protestantische Glaubensfreiheit gegen eine kleine orthodoxe Clique (aha! rechts) zu vertheidigen wagen, nicht aber auf die Juden zu gehen. Meine Herren, ich bin bekannt als einer, der die sozialdemokratische Bewegung von Anfang an aufs Heftigste bekämpft hat; das muß ich aber sagen: in meinen Augen ist jene christlich-sozialistische Bewegung viel

verderblicher als die sozialdemokratische. (Auf rechts: Für Sie!) Meine Herren, die Sozialdemokraten sind ausgewiesen, die Träger der christlich-sozialen Bewegung bleiben in Ansehen und Würden im Kreise der Mächtigen. Das Gemeinsame dieser beiden Bewegungen ist das, daß sie überall den Staat vorantreiben; sie sagen in ihren Flugschriften, in ihren Wablausrufen für Herrn Stöcker: die Gesetzgebung ist schuld, daß ihr Arbeiter mit Weib und Kind an Hungertuche nagt! Dahin ist es gekommen in der Bevölkerung und versprechen dann: ja wenn erst die Gesetzgebung in unserem Sinne geändert wird, merdet ihr glücklich sein, dann wird die große Klust, die jetzt besteht zwischen Reich und Arm verschwinden. (Redner verliest eine darauf bezügliche Stelle aus einer von dem christlich-sozialen Verein als Flugblatt Nr. 3 offiziell publizirten Rede des Herrn Stöcker.) Meine Herren! Ich weiß wohl, daß Herr Stöcker in seinen Reden dem Privateigenthum einen größeren Spielraum läßt als den Sozialdemokraten, aber es tritt in der Gesamtheit mehr zurück. Er ruft die Verantwortlichkeit des Staates an, die den Leuten helfen soll, der Staat habe Schuld an den vorhandenen Zuständen. Nichts aber finden Sie in jenen Reden von dem Satz: Hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen, oder: Jeder ist seines Glückes Schmied, nichts von der Macht der christlichen Liebe, die dem Anderen helfen soll. Nein, Herr Stöcker meist dies ausdrücklich in seinen Reden zurück, er empfiehlt gerade so, wie die Sozialisten, die Staatshilfe. Meine Herren! Es ist ein Glück, daß solche Vorstellungen in den germanischen Völkern zum Unterschiede von den romanischen nicht vorbereitet sind, daß bei ihnen das Bewußtsein des Individuums, der Selbstverantwortlichkeit für seine Existenz zu wägen. Griefen solche Vorstellungen im Volke Platz, so kämen wir in französische Zustände; dort reichlich ist es lebendig, wenn Mißstände sich zeigen, ja wenn die Ernte mißrät, kehrt sich die ganze Unzufriedenheit gegen den Staat, der ist verantwortlich, und was folgt daraus? Keine Staatsregierung, kein politisches System ist im Stande, solche Unzufriedenheit zu bannen, weil der Staat unmöglich in der Lage ist, solche Anforderungen zu erfüllen und deshalb sehen Sie dort in Frankreich Revolutionen auf Revolutionen, kein Regierungssystem macht es den Franzosen recht. Hüten wir uns ähnliche Vorstellungen zu erwecken von der Macht des Staates. Konservative und Liberale sollten gleichmäßig fernhalten, daß im Volke Ansprüche an den Staat groß gezogen werden, die kein Regierungssystem wahr machen kann. (Sehr gut!) Nicht minder ist den Christlich-Sozialen mit den Sozialisten die Methode der Agitation gemeinsam. In gleicher Weise erregen sie Klassenhaß, nähren den Neid und die Mißgunst. Nach einem Berichte der „Post“ tritt dort ein Redner auf und erklärt, daß das Reichsgesetz von 1869, welches die Gleichberechtigung der Konfessionen erklärte, im Wesentlichen die Schuld trage an den jetzigen Uebelständen. Mustern Sie andere Berichte der Presse, wie Herr Stöcker gegen das mobile Kapital auftritt. Er hält den Sozialisten vor, daß sie nicht genug die Börse angegriffen hätten, sondern nur die Meister und Fabrikanten. Gleichröder habe mehr in seinem Vermögen — so sagt Herr Stöcker — als alle evangelischen Geistlichen zusammengenommen. (Große Heiterkeit.) Nach solchen Reden wird eine Pause bis zur Diskussion gemacht. Die Aufregung und der Tumult lassen dieselbe nicht zu, Herr Stöcker muß die Versammlung schließen, theils Schlägerei, theils Beschimpfungen kommen vor, wie: „Sie langmüthiger Judenengel, Sie sind ja bloß Gatt“, ein anderer erwidert: „Ich habe 10 Pfennige Entrée bezahlt und kann bis zum Ende der Vorstellung hier bleiben.“ (Große Heiterkeit.) Großes Geschrei, man läßt Stöcker und Lassalle leben, Pfeifen und Schreien; viele dieser Versammlungen müssen deshalb wegen Tumults geschlossen werden. (Abg. Stöcker: es ist nie eine deswegen geschlossen worden.) Das ist das besonders Verwerfliche. Die Bewegung kehrt sich nicht wie bei den Sozialisten gegen Besitzverhältnisse, diese könnten ja geändert werden, sondern gegen die Menschen als Stamm, sie bleiben Juden und können doch nur todgeschlagen oder ausgewiesen werden. Weit mehr untergräbt dies den öffentlichen Frieden als der Sozialismus. Es drängt sich die Frage auf, woher die Geldmittel fließen für die antisemitische Presse? Es wäre uns sehr lieb, zu hören, daß hier der Replikensfonds nicht im Spiele ist. Wahrscheinlich die Regierung sollte sich hüten, auch unter der Firma „christlich-sozial“ noch einmal mit dem Feuer zu spielen. Als die sozialistische Bewegung in Berlin zuerst aufkam, war es ähnlich wie jetzt. Als Lassalle vor den Gerichten des Landes im Namen des Königs wegen Hochverrath und Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, hielt der Reichskanzler mit ihm seine vertraulichen Konferenzen. Wie waren nachher die Verhältnisse zwischen Schweizer und dem Geheimen Rath Wagner? Woher bekam Schweizer damals die Mittel zu seinem ersten Auftreten in Berlin? Als sozialistische Vandalen das Versammlungsrecht aufhoben und Versammlungen strengten, erwiderte der Minister Graf Eulenburg auf unsere Interpellation: Mögen die Sozialisten sich mit der Fortschrittspartei um das Lokal prügeln, für welches auch sie eine polizeiliche Anmeldung gemacht. Die Einmischung der Polizei würde die Polizei nur vermehren, deshalb bleibt sie auf der Straße stehen. Mit solcher wohlwollenden Neutralität behandelte man die Sozialisten in den Anfängen der Bewegung. Erst als jene furchtbaren Attentate als letzte Ausläufer hervortraten, dachte man anders. Wir hatten rechtzeitig gemerkt. (Lachen rechts.) Gewiß schon 1865. (Hört! links.) Auch damals drohten die Konservativen der Fortschrittspartei, wie heute mit den Christlich-Sozialen in Berlin, mit dem Massenschritt sozialistischer Arbeiterbataillone. Schuler-Delbig erwiderte mit dem Hinweis auf das Räthsel der Sphinx, zwei Naturen wohnen im Menschen, die göttliche und die thierische. „Hüten Sie sich“, rief er zu den Konservativen, mitzuhelfen, die wilden Leidenschaften, die Bestie herauszufordern, sie wird mit ihren Löwenklauen diejenigen zuerst zerreißen, die sich solches unterfangen.“ Haben die Christlich-Sozialen erst in den Massen die wilden Leidenschaften entflammt, vor den Geistlichen werden sie nicht respektvoll stehen bleiben. (Unruhe und Bewegung.) Ich kann den Herren am Ministerlich hier keine Beziehung zur antisemitischen Bewegung nachweisen. Doch überall sehen wir dabei diejenigen, die man so nennt, die sich selbst so nennen, „die Leute des Kanzlers“, von Moritz Busch bis zu den Hintermännern der „Nordd. Allg. Ztg.“; aus der nächsten Umgebung des Kanzlers, ja sogar einschließlich des Herrn v. Treitschke. (Oh, rechts.) Alle diese sind freiwillig bei der antisemitischen Bewegung thätig und, wenn der Reichskanzler selbst nichts damit zu thun hat, es wird doch im Lande nicht geglaubt. Wenn die Träger der Bewegung nicht auf den Reichskanzler vertrauten, woher sonst erklärt sich die Dreistigkeit ihres Auftretens? Wo hat einer der Unterzeichner des Aufrufs sich sonst schon in öffentlichen Fragen so hervorgethan? Die Lehrer schicken Kartellträger umher gegen diejenigen, welche die Sache beim richtigen Namen nennen. Woher ihre Dreistigkeit, Landräthen und Bürgermeistern und Superintendenten im Lande die Petition mit der Inanspruchnahme ihrer Hilfe zu schicken? Sie glauben dem Reichskanzler einen Gefallen zu thun. Um dem gegenüber der Regierung Gelegenheit zu bieten, sich einschließlich des Reichskanzlers über ihre Stellung zur Sache auszusprechen, haben wir die Interpellation gestellt. Wir freuen uns ihres Erfolges und wünschen, daß im ganzen Lande eine kräftige Reaktion der öffentlichen Meinung diese antisemitische Bewegung niederlegt, die wahrlich nicht zur Ehre und Ehre unseres Landes gereicht. (Lebhafte Beifall links, Zeichen rechts.)

Abg. Stöcker: Der Herr Vordredner hat seine Freunde darüber ausgesprochen, daß er die antisemitische Bewegung in die Defensive gedrängt habe. Ich hoffe, er wird sehr bald bemerken, daß sie noch immer den Muth hat, zur Offensive überzugehen. Der sittlichen Entzückung, welche mir von jener Seite mehr als einmal entgegengetreten ist, stehe ich in voller sittlicher Rüstung gegenüber. Ich bin mir der ganzen Verantwortlichkeit bewußt, die in diesem Moment auf meinen Schultern liegt (Hört), dafür, daß ich in diese Bewegung eingetreten bin, dafür, daß ich jetzt in dieser großen Stunde, wo diese gewaltige Frage

sich in großem Stil vor der Landesvertretung entrollt, reden darf. Ich stehe hier nicht allein. Hinter mir stehen Millionen, darunter sehr viele von der Partei des Redners, der eben gesprochen hat. (Hört!) Wenn der Fortschritt fortfährt, sich mit der Judenfrage zu identifiziren, wie er es bisher gethan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten, und ich wünsche das von Herzen. Trotzdem kann ich Sie versichern, daß ich in dieser ganzen Bewegung nichts Anderes wünsche, als den Frieden. (Beifall links.) Gewiß! Ich glaube auch, daß trotz Allem das Resultat dieser Diskussion ein Friede sein wird, — aber nicht der faule, der schlechte Friede, in dem wir in Berlin bisher gelebt haben, geht es wie ein wildes Thier von den Juden (Lebhafte Beifall rechts, Lärm links), sondern der christliche Friede der gegenseitigen Anerkennung und Achtung, dem Sie Jedem, wenn er mit ehrlichen Waffen kämpft, nicht verjagen werden. Was aus der Rede des Abg. Richter einigen Eindruck gemacht hat, war die Verlesung des Berichtes über eine von mir abgehaltene Versammlung. Diese Berichte sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Als ich die erste jüdische Rede gehalten habe, war ein Israelit gegen mich aufgetreten, ein Mann, der nachher schrieb, es sei in der damaligen Versammlung sehr anständig zugegangen, während das Berliner „Tageblatt“ einen entgegengesetzten, völlig gefälschten Bericht brachte. Der erwähnte jüdische Herr sandte darauf dem „Tageblatt“ einen Brief, den dieses indessen nicht annahm. Ich habe am vorigen Freitag, unmittelbar vor unserer Debatte, unter der größten Aufregung, die in unserer Stadt herrschte, eine Versammlung abgehalten mit dem Thema: „Beweise über das Dasein Gottes.“ Da waren 2000 Berliner Männer, darunter mehr als 800 Gegner, die dieses Thema angehört, sich begeistert haben und demnächst ganz still und ruhig, ohne polizeiliche Zuhilfenahme, nach Hause gegangen sind. Das hat der Fortschritt nie geleistet! Das Christliche beherrscht die Geister, der Fortschritt entseht sie. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir halten, seitdem in diesem Frühjahr Sozialdemokraten, Juden und Fortschrittler unsere Versammlungen förmlich unterbrochen haben, keine öffentlichen Volksversammlungen mehr ab, sondern sehen uns die Leute an, welche kommen. Seitdem sehen wir uns besser. Zwischen Sozialen und Sozialisten ist ein tiefer Unterschied, sozialistisch ist die Forderung, daß alles Privateigenthum kollektiv werden solle. Sozial ist nichts Anderes als die gesellschaftliche Auffassung der Dinge. Was ich will, ist nur die Organisation, in der die Arbeiter sich als Brüder fühlen sollen. Ich bin erstaunt, daß der Abg. Richter keinen Schmerz hat für den Nothschrei der viel bedrängten Arbeiter, der ruinirten Existenzen hier in Berlin und im Lande. Ich weise hier, auf dieser Stelle, noch einmal auf den Nothstand in Oberschlesien hin. Haben wir es denn nicht amtlich zu erfahren bekommen, daß es Wucher ist, meist jüdischer Art, unter dem die ganze Kraft zu Grunde geht? Die Judenfrage ist für mich keine religiöse, auch keine Rassenfrage, sondern eine sozial-ethische. Sie besteht darin, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem andern Stamme angehörend, in der Religion, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen von uns verschieden, mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Position einnehmen, welche dem Zahlenverhältnis der jüdischen Bevölkerung absolut nicht entspricht. Begabt mit einer starken Kapitalkraft und auch mit vielem Talent, drücken diese Männer auf unser öffentliches Leben; nicht bloß in Handel und Gewerbe, sondern auch in kommunalen Angelegenheiten, in den sittlich-sozialen Verhältnissen, ja in den kirchlichen Angelegenheiten (Sehr richtig!) wirken sie mit dem Einflusse, den sie haben, und das ist unerträglich. Man sagt, es sei Neid unsererseits. Ich kenne die Männer, welche in dieser Bewegung stehen, und versichere Sie, ich habe von diesem Neide aus ihrem Munde nichts gehört. Mit der Formel, daß wir der jüdischen Bevölkerung Duldung gewähren sollen, ist die Frage nicht erschöpft; auch daß die Existenz des preussischen Staats an die politische Gleichberechtigung der Konfessionen geknüpft sei, kann ich nicht anerkennen. Uebrigens ist das Judentum keine Konfession, es hat kein Bekenntniß. Ich gehe zu, daß wir mit den Juden im Frieden leben müssen. Aber das soll Niemand leugnen, daß wir in einem christlichen Staate leben, in dem 3/4 der Einwohner Christen sind; diese haben ein Recht zu fordern, daß unser Staat als eine christliche Gesellschaft angesehen, von einer christlichen Obrigkeit regiert und nach einer christlichen Gesetzgebung behandelt wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe keine Antipathie, weder gegen das Volk im Ganzen noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten. Den Vorwurf, daß wir das Judentum an sich proscribiren, weisen wir mit Entschiedenheit von uns. Ich habe meinen Einfluß immer dazu gebraucht, von direkten Angriffen gegen das Judentum abzumachen. Die Antisemitische habe ich nicht begründet, auch habe ich ihr nie angehört. Als ich nach Berlin kam, fand ich einen Banerutt des äußeren Kirchenthums vor, der durch nichts mehr hervorgerufen war als durch die Infamie der jüdischen Presse. Ich trat in eine Bewegung hinein, die sozialdemokratische, die riesengroß angewachsen war. Ich glaube, man kann es mir, als einem Geistlichen, nicht verargen, wenn ich aus dieser Masse nicht bloß den Unwillen des Arman gegen den Reichen, nicht bloß den Haß des Atheisten gegen Gott, sondern auch den Nothschrei herausgehört: „Helft uns äußerlich und innerlich!“ Darum bin ich in diesen Aogrud hineingekommen von dem ich nicht wußte, wie tief er war. (Lebhafte Beifall rechts.) Mir ist vorgeworfen, ich hätte das Christliche zum Deckmantel meiner Bestrebungen genommen. Ich würde nicht erlauben, einem Anderen solche Vorwürfe entgegenzusetzen. Wenn ich im alten Testament die Anschauung gefunden habe, daß alle Menschen Hausalter sein, daß das Trachten nach unermesslichem Reichthum den Menschen nichts Gutes bringe und Varnberzigkeit gegen den Armen das höchste Gesetz sei — habe ich dann Unrecht gethan, wenn ich dies in die Arbeiterkreise hineinrief? Etwas Anderes habe ich nicht gethan. Das heißt gewiß nicht, das Christenthum zum Deckmantel für politische Bestrebungen machen, und ich kann hier als ehlicher Mann erklären: Mich hat Niemand hinausgeschickt, ich bin von Niemand unterkühlt; ich habe im Gegentheil viel Feindschaft erfahren und habe diese laure Arbeit mit wenigen Freunden auf meinen Schultern getragen! Das verdient nicht, daß man mich hier als einen Mann beleidigt, der irgend etwas sucht oder erstrebt. (Lebhafte Beifall rechts.) Warum hat der Abgeordnete Richter nicht lieber unser Programm zitiert? Wir fordern darin: 1) obligatorische Schulen, 2) obligatorische Versicherungen, 3) einen Ausgleich von indirekten Steuern und einer mäßigen Progressivsteuer, 4) Staatsbetrieb. Das ist doch kein sozialistisches Programm im Sinne der Sozialdemokraten. Die jüdische Frage hatte ich in meinen Versammlungen kaum erwähnt. Sie ist mir aufgezwängt worden durch das Verfahren der Presse. Die jüdische Presse hat keine Scheu, keine Scham vor irgend etwas, was uns Christen heilig ist. (Sehr wahr!) Man kann sich wohl nichts Unschuldigeres denken, als Versammlungen von Geistlichen, die in Freundschaft und Harmonie zusammenkommen. Diese Versammlungen sind immer beschimpft worden. Von einer Missionerversammlung hieß es, es sei eine Versammlung himmlischer Kaffernfänger. Das sagt man von Männern, die mit Selbennuth das Christenthum verbreiten! Bezüglich der Augustkonferenz hieß es: „Kerasesz Infamie! Weg mit dem Raunen-gezücht! Wo ist da die Ordnung, wo die Unordnung? Auch die Generalsynode ist auf das Traurigste beschimpft worden.“ (Abg. Birchow lacht.) Es thut mir leid, daß Sie darüber lachen können, Herr Abgeordneter! (Beifall rechts.) Die „Frankf. Ztg.“ bespricht einst das Ueberhandnehmen der Selbstmorde und kam zu dem Schlusse, daß dies in dem Christenthum und dem Militärwesen seinen Grund habe. Trotz dieses Charakters der Presse habe ich das Judentum niemals angegriffen, sondern ich habe erst auf einen Vorfall reagirt, den ich als Geistlicher nicht vorübergehen lassen konnte. Es war dies das verhängnisvolle Wort Strakmann's von den „Reber-richtern, welche lieber die Andersgläubigen verbrennen möchten, und den Wipern, welche die Zungen der Orthodorie seien“. Herr Strakmann kennt unsere sogenannte Orthodorie nicht. Ich habe kein höheres



